

HOLLANDE TRITT NICHT WIEDER AN

Der amtierende französische Präsident François Hollande wird im kommenden Jahr nicht für seine Wiederwahl antreten. Den Verzicht auf die Kandidatur begründete er damit, dass er die sozialistische Partei nicht weiter spalten wolle und stellt somit einen Präzedenzfall - noch nie hatte in der Fünften Republik Frankreichs ein amtierender Präsident auf seine Kandidatur zur Wiederwahl verzichtet. Tatsächlich ist Hollande der unbeliebteste Präsident Frankreichs in der jüngeren Geschichte. Allein die Vorwahlen gegen beliebtere Kandidaten hätten seine Reputation weiter geschädigt.

Bei seiner Wahl 2012 warb Hollande für ein europaweites Investitionspaket und die Stärkung der sozialen Leistungen ausgesprochen. In der Realität geschah genau das Gegenteil. Der Franzose konnte sich nicht gegen den Sparwillen von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble durchsetzen. Hollande gestand bei der Verkündung des Verzichts auf seine Kandidatur, dass er selbst auf schnellere Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hoffe, verwies aber auch auf Erfolge wie den Erhalt Griechenlands in der Eurozone.

KOMMENTAR

»ZWEI GEDANKEN ZUM WOCHENENDE«

Von Heino Wiese

Obwohl es mir weh tut, muss ich sagen, dass ich die Entscheidung der Franzosen für François Fillon gut finde. Er ist eine echte Persönlichkeit mit klaren konservativ-liberalen Vorstellungen. Deshalb hat er eine gute Chance, Madame La Pen zu schlagen und die Rechtspopulisten zurückzudrängen. Dass die Sozialisten keine Chance mehr haben, die Wahl zu gewinnen ist offensichtlich. Durch die vielen inkonsequenten Entscheidungen von Hollande ist die Glaubwürdigkeit auch von Premier Valls nachhaltig geschädigt. Ebenfalls hat sich Emmanuel Macron durch Illoyalität und Skandale diskreditiert. Dennoch bedeutet ein echter Konservativer, der das Land mit neoliberalen Methoden sanieren will, auch eine Chance, dass sich die französische Linke in der Opposition wiederfindet und neue Kräfte mobilisiert. Fillon würde als Präsident wieder eine Führungsposition in der EU beanspruchen und da er keine Berührungspunkte mit Moskau hat, Europa insgesamt wieder stärken. Sollte Matteo Renzi am Wochenende sein Referendum in Italien wider Erwarten gewinnen, könnte es mit Italien und Frankreich eine neue starke Achse in Europa geben, die dann auch selbstbewusst mit Donald Trump sprechen können. Der Stern von Frau Merkel wird dann auch auf europäischer Ebene seinen Glanz verlieren.

Warten aufs Christkind und auf den Kanzlerkandidaten:

So kurz vor Weihnachten trinkt man gern mal auf dem Weihnachtsmarkt eine Feuerzangenbowle und kommt ins Philosophieren und Fantasieren. Gestern habe ich ein paar Freunde aus alten rot-grünen Tagen getroffen und nach der 4. Bowle haben wir dann ein Wunschkabinett zusammengestellt, das ich Ihnen nicht vorenthalten möchte: Kanzler Gabriel, Kanzleramtsminister Maas, Innenminister Oppermann, Finanzministerin Hendricks, Gesundheitsministerin Nahles, Familienministerin Schwesig, Außenministerin Göring-Eckardt, Landwirtschafts- und Umweltministerminister Habeck, Wissenschaftsministerin Peter, Arbeitsministerin Wagenknecht, Entwicklungshilfeministerin Kipping, Justizminister Gysi, Verteidigungsministerin Bruggner, Verkehrsminister Klingbeil und Bauminister Ramelow.

Die Fraktionsvorsitzenden Schulz, Özdemir und Bartsch sollen die Regierung nach Kräften unterstützen. Bei so viel Power könnte man doch glatt Frau Merkel das Fürchten lehren. ;)

Gugl-Hupf 

WANKA VERLEIHT DIGITALPOKAL

Zum fünften Jubiläum des „Think Big“-Jugendprogramms wurde am 29. 11. unter dem Motto „Jung, sozial digital“ der Digitalpokal von Bundesforschungsministerin Prof. Johanna Wanka an die Plattform Help-O-Mat verliehen. Think Big ist eine Initiative der Telefónica Stiftung sowie der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und förderte den diesjährigen Gewinner, der mit seinem Onlineangebot die Vernetzung zwischen Freiwilligen und denjenigen unterstützt, die ehrenamtliche Helfer für Projekte suchen.

Wanka lobte Think Big für die niedrigschwelligen Partizipationsmöglichkeiten, die zugleich eine große Reichweite haben, erklärte jedoch auch, dass Kritikfähigkeit sowie verantwortungsbewusster Umgang mit digitalen Medien an Schulen bisweilen nicht flächendeckend geschult werden. Dafür plant das Ministerium einen Digitalpakt mit einem Investitionsvolumen von über vier Milliarden Euro.

IMPRESSUM

Herausgeber: **WIESE CONSULT GmbH**
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büroservice Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



WAS TUN GEGEN GEWALTTÄTIGE REICHSBÜRGER UND HETZE IM INTERNET?



Von Katja Keul, Obfrau der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Gewalttäter sind gefährlich, Gewalttäter mit Waffen sind noch gefährlicher. Wir Grünen haben schon lange vor den jüngsten Attacken durch sogenannte Reichsbürger eine Reform des Waffenrechts gefordert - inklusive regelmäßiger Eignungs- und Zuverlässigkeitsprüfungen und Kontrollen des privaten Waffen- und Munitionsbestands. Die vom Bundesjustizminister angekündigten Verschärfungen sind nun ein Schritt in die richtige Richtung.

Bei der Bekämpfung von Hetze und Hassreden in sozialen Netzwerken gibt es leider keine einfache Lösung. Klar ist, das Internet darf keine solche Plattform für Hass und Hetze bieten. Wir müssen mit rechtsstaatlichen Mitteln entschlossen gegen Online-Hetze vorgehen und die Betroffenen schützen. Strafrecht kann dabei aber nicht das einzige Mittel der Wahl sein.

Was die Strafverschärfungen betrifft merkt man, dass die Legislaturperiode zu Ende geht und der Wahlkampf naht - anders kann ich mir nicht erklären, warum auf einmal dieser Aktionismus im Justizministerium ausgebrochen ist. Dabei gibt es für viele aktuelle Probleme gar keine Lösung durch strafrechtliche Verschärfungen. Das gilt auch und gerade im Hinblick auf die geringe Aufklärungsquote beim Einbruchdiebstahl. Es wird auch kein Polizeibeamter besser vor gewalttätigen Angriffen geschützt, indem man am Strafmaß dreht. Mit einer reinen Symbol- oder Ablenkungspolitik kommen wir nicht weiter. Es ist vielmehr unsere Aufgabe, rechtsstaatliche Grundsätze hoch zu halten und damit dem Populismus entgegenzutreten und stand zu halten.

KNAPPE MEHRHEIT IN DER EU BEFÜRWORTET GLOBALISIERUNG

Die Bertelsmann Stiftung untersuchte im Rahmen der Studie "Fear not Values - Public Opinion and the Populist Vote in Europe" Einstellung zur Globalisierung und ob es eine Korrelation zwischen Skeptizismus und populistischen Parteien in den 28 Mitgliedstaaten der EU gäbe.

Die Ergebnisse bestätigten die bisherigen Annahmen - lediglich 55% der EU-Bürger sehen Globalisierung als eine Chance. Dieses Verhältnis spiegelt sich auch in der deutschen Gesellschaft wieder. Besonders in Österreich und Frankreich ist der Anteil der Globalisierungskritiker allerdings überdurchschnittlich hoch.

Die Ablehnung der Globalisierung hat dabei nicht nur einen wirtschaftlichen Treiber, sondern speist sich aus Unzufriedenheit

mit liberalen Werten und Sehnsucht nach Traditionalismus.

Geschlecht und Urbanisierungsgrad spielen dabei keine Rolle - Alter, Bildungsgrad und soziales Milieu sind hingegen relevant bei der Bildung von Globalisierungskritik. Das Forschungsteam der Bertelsmann Stiftung sah darüber hinaus eine Korrelation bei zwischen Sympathien mit rechtspopulistischen Parteien und Ablehnung von Globalisierung beobachten können. Der Front National, die AfD oder die FPÖ ziehen zu viel größeren Anteilen globalisierungsskeptische Bürger an, als linkpopulistische Parteien, wie Die Linke die spanische Podemos. Über 70% der AfD-Sympathisanten sehen die Globalisierung als Herausforderung.

PUTIN ZEIGT SICH KOOPERATIONSWILLIG

In seiner jährlichen Rede an die Nation betont der russische Präsident Wladimir Putin die Kooperationsbereitschaft seines Landes.

Er hoffe auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Russland und den USA, vor allem im gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus in Syrien. Beide Länder hätten eine globale Verantwortung für die Sicherheitsarchitektur.

Ferner hob er hervor, dass Russland kein Interesse an Feindschaften habe und

Kooperationen wichtig seien, ohne die nationalen Interessen zu missachten. In diesem Zusammenhang lobte er die intensivierte Beziehungen zu China.

Ebenfalls rief er die russische Bevölkerung zu "Einigkeit in schweren Zeiten auf" und versuchte jene Bürger zu adressieren, die durch die merkliche Rezession der vergangenen zwei Jahre der Regierung gegenüber mit Verbitterung reagierten. Das Land habe die turbulentesten Zeiten überstanden und sei auf dem Weg der Besserung.

MAERSK ÜBERNIMMT HAMBURG SÜD

Das dänische Logistikunternehmen Maersk übernimmt die Traditionsreederei Hamburg Süd. Damit verliert der bisherige Besitzer - das Bielefelder Familienunternehmen Dr. Oetker - rund die Hälfte seines Umsatzes (12 Milliarden Euro).

Der Kauf soll 2017 nach Prüfung durch die Kartellbehörden abgewickelt werden. Als Grund für den Entschluss führte das Management von Dr. Oetker auf, dass sich die Branche in den vergangenen Jahren merklich konsolidiert hätte und ein höhe-

rer Kapitalaufwand nötig sei, um vor allem mit der japanischen Konkurrenz mithalten zu können. Viele Reedereien haben gegenwärtig aufgrund niedriger Frachtraten mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Insider sehen den Deal mit Maersk als Chance um interne Querelen zu beseitigen. Im Familienclan Oetker seien seit längerer Zeit ein handfester Streit über die zukünftige Führung eskaliert. Diese Differenzen belasten das Management.

BMW ZIEHT INS SILICON VALLEY

Mit einem Risikofonds über 500 Millionen Euro nimmt BMW Kurs auf Silicon Valley und verlässt New York. Als erster Automobilhersteller versucht der bayerische Konzern mit den Start-Ups in Californien mitzuhalten.

Es geht um die Bedürfnisse der Kunden - immer weniger junge Menschen wollen sich ein Auto kaufen, Carsharing wird beliebter. On-Demand-Fahrzeuge werden über App lokalisiert und abgestellt, wenn sie nicht mehr benötigt werden. Mittlerweile ist jedes zweite Startup deswegen im Bereich Mobilität angesiedelt. BMW hat diesen Trend erkannt und passt seine Businessstrategie an.

Die Konkurrenz lauert nämlich nicht nur unter den klassischen Marktbegleitern: Google arbeitet beispielsweise länger an selbstfahrenden Autos, auch Tesla nimmt großen Anlauf auf Automatisierungstechnik. BMW will daher bis 2021 auch ein automatisiertes Modell auf den Markt bringen - die Softwareentwicklung wird entscheidend sein.

Der aufgestockte Risikofonds soll BMW vor allem ermöglichen, schnell auf Marktveränderungen zu reagieren und von den Innovationen der neuen Unternehmen zu profitieren. Im Gegenzug bietet der Autobauer Mentoring, Erfahrung, finanzielle und unternehmerische Unterstützung an.

CHEF-WECHSEL BEI STARBUCKS

Der langjährige Chef der weltweit erfolgreichen Kaffeehauskette Howard Schultz tritt zurück. Der 63-jährige hatte das Unternehmen zum Erfolg geführt, zieht sich nun aus der Geschäftsführung zurück und übergibt den Posten an Kevin Johnson.

Schultz möchte sich zukünftig der Entwicklung der Edelkaffeehäuser widmen, die un-

ter dem Namen "Starbucks Reserve Roastaries" laufen sollen. Das neue Angebot soll die Schwierigkeiten des Unternehmens beseitigen. Wie andere Marktbegleiter leidet auch Starbucks darunter, dass das Konsumverhalten sich durch die Digitalisierung verändert hat. Die Filialen in Kaufhäusern generieren immer weniger Gewinn.

BUNTES AUS BERLIN

POPULISMUS - VOLKSNAHE ODER VERFÜHRUNG?

Am 8. Dezember um 19 Uhr organisiert die Initiative Discussing World Politics eine Diskussionsveranstaltung zum Thema "Populismus - Volksnähe oder Verführung?" in der Repräsentanz der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, u.a. mit Julius van der Laar, der die Wählermobilisierung für Barack Obama 2012 geleitet hat.

PERSONALIEN

HEUSGEN SOLL UN-BOTSCHAFTER WERDEN

Christoph Heusgen (61), außenpolitischer Berater der Bundeskanzlerin, soll 2017 Ständiger Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York werden. Das berichtete die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 25. November. Heusgen würde auf Harald Braun folgen, der in den Ruhestand geht. Die Bundesregierung hat die Meldung bisher nicht kommentiert.

ALTHUSMANN IST LANDESVORSITZENDER DER CDU IN NIEDERSACHSEN

Der frühere niedersächsische Kultusminister Bernd Althusmann (49) ist am 26. November auf einem Landesparteitag der CDU in Niedersachsen mit 98,5 Prozent der Stimmen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt worden. Er folgt auf David McAllister, der nach achtjähriger Amtszeit nicht erneut antrat. Darüber hinaus wurde Althusmann einstimmig zum Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten zur Landtagswahl am 14. Januar 2018 nominiert.

KEMPF WIRD NEUER BDI-PRÄSIDENT

Der frühere Bitkom-Präsident Dieter Kempf (63) ist am 28. November auf einer Mitgliederversammlung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) zum neuen Präsidenten gewählt worden. Er folgt auf Ulrich Grillo, der den Digitalisierungs-Spezialisten für das Amt empfohlen hatte. Kempfs Amtszeit beginnt Anfang 2017.

UNGARISCHE BOTSCHAFT ZU DEUTSCHEN MINDERHEITEN IM ÖSTLICHEN EUROPA

Diskussionsveranstaltung der ungarischen Botschaft und des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa zum Thema „Zwischen Kulturen und politischen Systemen? Deutsche Minderheiten im östlichen Europa unter den Bedingungen von Diktatur und Demokratie“, u.a. mit dem ungarischen Botschafter S.E. Péter Imre Györkös, dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Hartmut Koschyk und dem Direktor des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa Prof. Matthias Weber Ungarische Botschaft, Unter den Linden 76, 101117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

WORTE DER WOCHE

»Passt auf, wenn ihr noch weiter geht, dann werden diese Grenzübergänge geöffnet. Lasst euch das gesagt sein.«

Recep Tayyip Erdoğan, türkischer Staatspräsident, auf die Empfehlung des EU-Parlaments, die Beitrittsgespräche einzufrieren.

»Um ganz ehrlich zu sein, können wir nicht erlauben, dass das Finanzzentrum Europas außerhalb Europas und der Euro-Zone liegt und dabei seinen eigenen Regeln folgt.«

Jeroen Dijsselbloem, Euro-Gruppen-Chef, glaubt nicht, dass London das Finanzzentrum der EU bleiben wird.

»Wir haben die Chance auf einen Jahrhundert-Fortschritt, der allen nutzt.«

Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, will mit einer Lockerung bei der Arbeitszeit auf die fortschreitende Digitalisierung reagieren.

»Derzeit geraten die großen wirtschaftlichen wie auch die großen politischen Erfolge der Europäischen Union aus dem Blickfeld.«

Christoph M. Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen.

»Wo wären die Millionen Flüchtlinge, wenn der Putschversuch gelungen wäre?«

Veysi Kaynak, stellvertretender Ministerpräsident der Türkei.

»Wir wollen keine Konfrontation, wir suchen keine Feinde [...] Wir brauchen Freunde, aber wir dulden keine Missachtung unserer nationalen Interessen. [...] Es ist wichtig, dass wir unsere Beziehungen normalisieren und anfangen, unser bilaterales Verhältnis auf gleichberechtigter Ebene zu entwickeln.«

Der russische Präsident Wladimir Putin über die Beziehungen mit den USA.

»Es gibt aber eine Menge junger Leute, die wollen in Zukunft Mobilität besitzen, die gehen auf eine Plattform im Internet. Google weiß mehr über deren Mobilitätswünsche mehr als Volkswagen, Daimler und BMW zusammen.«

Sigmar Gabriel, Bundeswirtschaftsminister.

»Ich glaube, es wäre der Gipfel des Irrsinns, wenn die nächste Regierung ein Abkommen zerschlagen würde, das die vorherige geschlossen hat. Das wäre katastrophal, wäre es wirklich.«

John Brennan, scheidender Chef des US-Geheimdienstes CIA, warnt vor einem Ende des Abkommens mit Iran.

»Er hat mich nach Washington eingeladen. Ich sagte zu ihm, dass ich schon lange nicht mehr da war, weil man mich dort als schwarzes Schaf behandelt hat.«

Viktor Orbán, Ungarns Regierungschef, zum Telefonat mit Donald Trump.

TERMINE

5.12. HERTIE SCHOOL ZUR BENACHTEILIGUNG VON FRAUEN IN EUROPA

Diskussionsveranstaltung der Hertie School of Governance zum Thema „Women in Europe - Gender inequality in times of economic crisis“, u.a. mit der Professorin für Verfassungsrecht an der Uni von Sevilla Ruth Rubio-Marín Hertie School of Governance, Friedrichstraße 180, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

8.12. FES-HERBSTFORUM DER SOZIALEN DEMOKRATIE ZUR WERTORIENTIERUNG

Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zum Thema „Wertorientierung und Politische Strategie“, u.a. mit der Vorsitzenden der SPD-Grundwertekommission Dr. Gesine Schwan, dem Leiter Politik und Planung bei der ver.di Bundesverwaltung Michael Fischer und der Referentin der SPD-Bundestagsfraktion Elisa Gutschke Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin - Haus 2, Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin (Anmeldung erforderlich)

8.12. LV NIEDERSACHSEN ZU 100 JAHRE KESTNER GESELLSCHAFT

Veranstaltung der Landesvertretung Niedersachsen zum Thema „Stellung nehmen // 100 Jahre Kestner Gesellschaft“ Landesvertretung Niedersachsen,